

II-2698 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
IV. Session 1977/78

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 10.000/49 - Parl/77

JULI 1977

An die  
PARLAMENTS DIREKTION

1250/AB

1977-08-01

Parlament

zu 1270/J

1017      W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1270/J-NR/77, betreffend eine Fortbildungsveranstaltung, die die Abgeordneten Dr. SCHNELL und Genossen am 20. Juni 1977 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1 und 2)

Die durch die Rundschreiben Nr. 155/1974 und 106/1975 meines Ministeriums getroffenen Regelungen bezüglich der Teilnahme von Lehrern an Lehrerfortbildungsveranstaltungen beziehen sich auf dienst- und besoldungsrechtliche Aspekte der Freistellung von Lehrern zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen, haben aber keinen weiteren Bezug auf die Fortbildungsveranstaltungen selbst. Selbstverständlich stehen Fortbildungsveranstaltungen, die vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst oder den Landesschulräten oder von speziellen Einrichtungen dieser Stellen durchgeführt werden, den teilnehmenden Lehrern kostenlos zur Verfügung. Auf die Veranstaltungen anderer Einrichtungen (z. B. Verbände, Vereinigungen) nehme ich hinsichtlich ihrer thematischen Gestaltung und ihrer Finanzierung keinen Einfluß, auch

- 2 -

dann nicht wenn sie gemäß der zitierten Rundschreiben als Lehrerfortbildungsveranstaltungen anerkannt oder genehmigt werden. Ich halte es für selbstverständlich, daß auch solche Veranstaltungen den Lehrern kostenlos zur Verfügung stehen.

ad 3 und 4)

Es ist meine Auffassung, daß für Fortbildungsveranstaltungen, die als offene Veranstaltungen ausgeschrieben werden und für die eine Anerkennung als Lehrerfortbildungsveranstaltung angestrebt wird, von den Teilnehmern an dieser Veranstaltung eine Mitgliedschaft bei einer politischen Partei nicht erfragt werden darf. Von der Vereinigung für Politische Bildung/Politische Akademie in 1120 Wien, Tivoligasse 73, wurde mir im Hinblick auf die gegenständliche Anfrage mitgeteilt, daß die Erfragung der Parteizugehörigkeit nur bei Anmeldungen zu Seminaren für Parteifunktionäre erfolgt, nicht aber bei offenen Seminaren, also solchen, die unter bestimmten Voraussetzungen als Lehrerfortbildungsveranstaltungen anerkannt werden. Durch ein Kanzleiversehen in der genannten Politischen Akademie wurden aber für eine Veranstaltung, die als Lehrerfortbildungsveranstaltung anerkannt war, falsche Anmeldeformulare an die Interessenten für dieses Seminar ausgesandt.

